

PRESSEMITTEILUNG

Pressesprecher

Dirk Hundertmark

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: info@cdu.ltsh.de

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Umweltpolitik

Axel Bernstein zur Tagung der umweltpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktionen

Nach der jährlichen Herbsttagung der umweltpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Landtagsfraktionen in Wernigerode/Harz, erklärte der umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Axel Bernstein:

Nationalparkprojekt

„Anhand des länderübergreifenden Nationalparkprojektes wurde der Schwerpunkt „Naturschutz als Wirtschaftsfaktor“ diskutiert. An der Diskussion nahmen neben den Umweltsprechern auch Frau Ministerin Wernicke, Vertreter des Nationalparks, der Landesmarketinggesellschaft Sachsen-Anhalt, des Landestourismusverbandes Sachsen-Anhalt und Vertreter der Tourismuswirtschaft teil. Einstimmiges Fazit aller Teilnehmer ist die Feststellung, dass der Naturschutz einen wesentlichen Wirtschaftsfaktor darstellt.“

„Grüne Gentechnik“

Auf der Tagesordnung der Umweltpolitiker stand u. a. das Thema „Grüne Gentechnik“. Nach ausführlicher Diskussion eines Papiers der CSU-Fraktion wurden zwei wesentliche Forderungen an die Bundespolitik formuliert. Wie für alle anderen Technologien muss auch für die Grüne Gentechnik gelten, dass sich aus deren Anwendung keine negativen Konsequenzen für andere Schutzgüter ergeben dürfen. Darüber hinaus muss beim Umgang mit genveränderten Pflanzen deren Koexistenz im Ökosystem gewährleistet werden. Es wird das große Potential in der Anwendung genveränderter Pflanzen anerkannt. Dabei werden derzeit die größten Möglichkeiten im Non-Food-Bereich gesehen. Um diese Potenziale zu nutzen, ist weitere Forschungs- und Entwicklungstätigkeit unabdingbar. Diese darf sich aber nicht nur auf die eigentliche Technologie reduzieren, sondern muss auch die Fragen zur Sicherheit und Nachhaltigkeit eindeutig beantworten.

Energiepolitik

Ein weiteres Thema der Tagung war das Grünbuch der EU zur Energiepolitik. Die Teilnehmer der Tagung waren sich darüber einig, dass zur Erreichung der Ziele des Kyoto-Protokolls (weltweite CO₂-Reduzierung), ein Energiemix in den Mitgliedsstaaten die richtige Lösung ist. Die Kernenergie ist dafür – insbesondere unter dem Aspekt des Klimaschutzes – für längere Zeit eine unverzichtbare Übergangstechnologie. Daher sind flexible Verlängerungen der Laufzeiten anzustreben. Die Versorger,

die Energie aus Kernkraftwerken nach Deutschland liefern, haben die hier geltenden hohen Anforderungen zu erfüllen. Neben der Energieeffizienz hat die Versorgungssicherheit mit preiswerter Energie oberste Priorität. Auf die schwindende Akzeptanz der Bevölkerung zur Windenergie muss auch die Politik reagieren. So sollte das Re-powering auf den Vorranggebieten für die Windenergie zu einer Verringerung der Anzahl der Anlagen führen. Gleichzeitig muss ein faires Netzmanagement verhindern, dass immer mehr Kosten aus der Windenergie auf den Endverbraucher umgelegt werden.

Chemikalienpolitik

In der Frage der aktuellen Beschlüsse des EU-Umweltausschusses zur EU-Chemikalienpolitik (REACH) werden die Abgeordneten der EVP-Fraktion dahingehend unterstützt, dass der Inhalt der REACH-Verordnung aus der ersten Lesung im Frühjahr einen allseits anerkannten Kompromiss darstellte. Die jetzige Verschärfung der Verordnung bringt vor allem kleine und mittelständische Unternehmen in wirtschaftliche Schwierigkeiten und würde dadurch zum Abbau von Arbeitsplätzen führen. Federführend durch Nordrhein-Westfalen werden die CDU/CSU-Landtagsfraktionen an die Landesregierungen entsprechende Beschlüsse herantragen.

Bodenschutz

Im kommenden Monat steht im Bundesrat die Stellungnahme zur EU-Bodenschutzrichtlinie auf der Tagesordnung. Die Umweltsprecher waren sich darüber einig, dass diese Richtlinie für Deutschland nicht notwendig ist. Sie führt zu weiteren Gutachten, Berichten, Monitoring etc., die zusätzlich Kosten verursachen würden. Deutschland verfügt bereits über ein Bodenschutzgesetz und eine Bodenschutzverordnung, die alles Nötige regelt. Wenn andere Mitgliedsstaaten Probleme mit dem Bodenschutz haben, sollten sie diese in ihrem Wirkungsbereich regeln. Für eine europaweite Regelung sind die natürlichen Voraussetzungen zu unterschiedlich.

Das nächste reguläre Treffen der CDU/CSU-Umweltsprecher wird im kommenden Frühjahr in Brandenburg stattfinden. Für den Herbst 2007 ist eine Tagung in Frankfurt/Main geplant“.